



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/60

23. Mai 1949

## Paris und die Ostzone

---

sp. Was Dr. Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD, am Sonntag vor sozialdemokratischen Verlegern und Chefredakteuren in einem mehrstündigen Referat vortrug, war mehr als ein partei-interner Lagebericht. Es war, am Vorabend der Pariser Konferenz, eine Definition des brennendsten mitteleuropäischen Problems, des Problems der Ostzone. Dass diese Definition über die Grenzen der Ostzone hinausgreift und die Frage der Oder-Weisse-Linie berührt, kann den nicht überraschen, der die Politik der SPD konsequent verfolgt.

Mit dem Beginn der Pariser Konferenz hat die Stunde der Ostzone geschlagen. Wie immer das Ergebnis von Paris sein wird - selbst die Russen können nach dem Ausgang der Kongresswahlen nicht mehr verheimlichen, dass sie in der Ostzone ausgespielt haben und dass die SED nurmehr eine Fiktion im politisch-leeren Raum ist. Dr. Schumacher, dem von einer massgebenden englischen Persönlichkeit die Zusicherung gegeben worden ist, dass durch die Verhandlungen in Paris die persönliche Freiheit jedes einzelnen Menschen in der Ostzone gewährleistet werden soll, stellte die Situation mit folgenden Worten dar:

"Wenn die SPD in die Ostzone geht, wird sie es nicht ohne hinreichende Sicherungen nach jeder Richtung tun. Eine Sicherung ist nicht möglich, solange das Prinzip des Vetos besteht. Nur durch das System der Mehrheitsbeschlüsse kann eine solche Sicherung erreicht werden. Ferner müssen die Möglichkeiten der Einsprüche einzelner Zonenbefehlshaber wegfallen. Was wir verlangen, ist, auf eine einfache Formel gebracht, eine Sicherung gegen "hauen, stechen und schießen". Eine eventuelle Räumung Deutschlands von Besatzungstruppen muss bis ins kleinste Detail durchgesprochen werden. So ist zum Beispiel die Polizei in der Ostzone eine andere als bei uns. Wir wünschen keinen Bürgerkrieg, bei dem die einen die Gewehre in der Hand haben und wir nichts. Wir wünschen nicht die Prager Situation und darum geht es heute in der Ostzone. Wir wünschen, dass niemand Gewehre hat, die Auseinandersetzung wird ohnedies gross und schwer sein".

Diese Worte lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die SPD sich auf die in Paris ventilerte Theorie von einer vorläufigen Dachorganisation für Deutschland, einem auf unbestimmte Zeit gedachten Nebeneinander von demokratischer West- und totalitärer Ostzone nicht einlassen wird. Damit würde man, wie Dr. Schumacher sagte, die politische Konzeption der Ostzone sanktionieren. "Die Durchsetzung der demokratischen und humanitären Freiheit in der Ostzone ist das A und O jeder sozialdemokratischen Politik. Keine Einheit ohne Freiheit. Der Kommunismus ist aber nicht durch Antikommunismus zu besiegen, sondern nur durch eine soziale Idee, so, wie man den Nationalismus nicht durch

nationalen Defaitismus bekämpfen kann, sondern durch eine eigene nationale Idee, die man - und das ist die politische Kunst, die man von uns erwartet - in die internationale Politik einfügt".

Die Probleme, die sich aus einer vierjährigen russischen Besetzung und aus einer fast dreijährigen totalitären Politik ergeben, sind mit dem Verschwinden der SPD nicht aus der Welt geschaffen. Es wäre unklug zu übersehen, dass die Menschen in der Ostzone in diesen Jahren eine andere politische Entwicklung genommen haben als in den Westzonen. Dass die SPD an diesen Gegebenheiten nicht achtlos vorbeigehen wird, machte Dr. Schumacher mit folgenden Worten klar:

"Die SPD ist die einzige Partei, die eine strategische Linie für die Ostzone hat. Wir können nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik in die Ostzone importieren, aber was in der Ostzone geschehen ist, hat mit Sozialismus nichts zu tun. Wir wollen den Komplex der Sowjet-AG aus der Welt schaffen, wir wollen aus der Fiskalisierung eine Sozialisierung machen. Wir wollen keine Reprivatisierung, wir wollen die schuldigen Eigentümer von gestern nicht wieder einsetzen. Aber Kinos, Apotheken und Gemüseläden sind keine Objekte der Sozialisierung. Wir wollen eine Bodenreform, aber nicht die, wie sie in der Ostzone durchgeführt worden ist. Wir wollen den Bauern im Osten nicht kollektivieren".

Dass in Paris das gesamtdeutsche Schicksal mit dem Schicksal der Ostzone beraten wird, sollte allen beteiligten Faktoren bis zur letzten Konsequenz klar sein. Darum ist nach den Worten Dr. Schumachers von den Westmächten in der Demontagefrage die Crosszügigkeit zu fordern, die die Russen - nach ihren demagogischen Versprechungen - zu üben bereit sind. Die Gefahr eines "wirtschaftlichen Kapellos" sei zu vermeiden, Deutschland müsse wirtschaftlich vom Osten unabhängig sein, weil sonst jeder politische Erfolg ökonomisch infrage gestellt werden könne.

Breiten Raum nahmen in den Ausführungen Dr. Schumachers die Auseinandersetzungen um das Bonner Grundgesetz ein. "Die SPD will keinen Kulturkampf, aber sie will diesen Kampf nicht vermeiden um den Preis einer Kapitulation. Der Begriff der Christlichkeit hat in der Politik nichts zu tun. Es gibt nur politische, nicht christliche Parteien. Es ist aber leider oft gerade so, dass das sozial-ethische Versagen dieser sogenannten christlichen Parteien von ihnen mit kulturpolitischen Kampfpapieren verdeckt wird".

Das Zusammenspiel zwischen der CDU und ausländischen Einflüssen während des Ringens um das Grundgesetz gab Dr. Schumacher Gelegenheit, noch einmal die Rolle klarzustellen, die die CDU dabei gespielt hat: Monatlang hätten sich zwei Besatzungsmächte gegen die SPD und für die CDU eingesetzt, man wollte uns zwingen, CDU-Politik zu machen. Die dabei verfolgte Linie habe gegen die Grundsätze des Marshallplanes verstossen. General Clays Verdienst um die Luftbrücke und dem Kampf um Berlin seien jede Anerkennung wert, aber seine Politik um Bonn habe geradezu eine anti-amerikanische Stimmung im deutschen Volk erzeugt. Vielleicht wäre er aber noch tragbarer gewesen, als das Korps der Röhrensanner.

Auch die Diskussion um die bekannte zweite Note der alliierten Außenminister an den Parlamentarischen Rat hat Dr. Schumacher noch einmal klargestellt: "Ich stelle fest, dass ich von dieser Note keine Kenntnis gehabt habe. Mein Widerstand in dieser Situation ist von dem Gedanken ausgegangen, die SPD sauber zu halten in der Auseinandersetzung mit dem Nationalkommunismus, selbst um den Preis eines notfalls von den Alliierten verordneten Grundgesetzes".

## Etwa 100.000 Deutsche leben in Frankreich

-----  
Von Alfred Frisch, Paris

Die Zerspaltung der Deutschen im Ausland ist eine unvermeidliche Nachkriegerscheingung. In Frankreich ist es besonders schwierig, genaue Zahlen über die anwesenden Deutschen zu erhalten, einerseits, weil die Behörden stark an der Isolierung der anwesenden Ausländer interessiert sind, in der Hoffnung, auf diese Weise die Assimilierung zu beschleunigen, andererseits, weil vollständige Statistiken fehlen. Die Ausländermeldungen in den verschiedenen Präfekturen werden zahlenmässig nicht zusammengefasst und für die Einwanderung sind ebenfalls mehrere Stellen zuständig.

Augenblicklich leben in Frankreich verschiedene Kategorien von Deutschen. Zunächst sind die Überreste der Flüchtlinge zu nennen. Sie kamen vor dem Krieg ins Land, um sich den Verfolgungen des Hitlerregimes zu entziehen. Ein grosser Teil fiel während der deutschen Besatzung Frankreichs Massendeportationen zum Opfer. Die Überlebenden entschieden sich wohl mehrheitlich für die französische Staatsbürgerschaft. Die zweite Gruppe umfasst die in freie Arbeiter umgewandelten ehemaligen Kriegsgefangenen, ferner die in Deutschland in den Nachkriegsjahren angeworbenen Arbeitskräfte und schliesslich die den eingewanderten Männern nachgefolgten Familien. Die dritte Gruppe Deutscher ist besonderer Art und politisch nicht sehr sympathisch. Es handelt sich um sogenannte Spezialisten, die von den französischen Behörden zur Arbeit in Rüstungsbetrieben verpflichtet wurden. Diese Fachleute, meistens ehemalige PG's erfreuen sich zahlreicher Annehmlichkeiten, werden gut bezahlt und dürfen sehr häufig ihre Angehörigen in Deutschland besuchen. Sie bilden eine recht geschlossene Gesellschaft und fühlen sich nicht als Gäste, sondern eher als Bestandteile des französischen Rüstungsapparates. Bei ihrer politischen Vergangenheit und bei dieser Grundeinstellung darf man sich nicht wundern, wenn sie zu den einzigen Deutschen gehören, die in Frankreich durch ihr Benehmen von Zeit zu Zeit Anstoss erregen.

Die letzte Gruppe betrifft illegal Eingewanderte, denen es später gelungen ist, ihre Stellung zu legalisieren. Meist sind es Frauen, die aus irgend welchen sentimentalischen Gründen den Weg über die Grenze wählten. Nach Ansicht des Bevölkerungsministeriums soll es sich um nicht ins Gewicht fallende Einzelercheinungen handeln. Von den Spezialisten dürften allerdings einige Tausend ins Land gekommen sein.

Die Zahl der Flüchtlinge (1936 etwa 48.000), soweit sie sich auch jetzt noch als Deutsche betrachten, dürfte 10.000 kaum übersteigen. Im April 1949 befanden sich rund 55.000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene als freie Arbeiter in Frankreich. Dazu kommen 17.000 zusätzliche 1947 und 1948 eingewanderte Arbeitskräfte (für 1949 liegen noch keine Zahlen vor). Nach Angaben des Bevölkerungsministeriums sind ausserdem zwischen April 1947 und März 1949 4.279 Familien (durchschnittlich drei Personen pro Familie) in Frankreich angesiedelt worden.

Unter Berücksichtigung der verhältnismässig nicht bedeutenden Einwanderung im Jahre 1949 und der Spezialisten und Illegalen darf man annehmen, dass sich zur Zeit 100.000 bis 110.000 Deutsche in Frankreich befinden. Diese Zahl wird sich in den nächsten Monaten leicht erhöhen, da die vorgesehene Arbeiteranwerbung in den West-

zonen die Abwanderung der ehemaligen Kriegsgefangenen mehr als ausgleichen wird.

Zum Verhältnis der deutschen Arbeiter und ihrer Familien zu der Bevölkerung und zu den Behörden erklärte der zuständige Abteilungsleiter des Bevölkerungsministeriums, dass die meisten Gesuche, die aus den Reihen der Bevölkerung/eingereicht werden, Deutsche betreffen. In den seltensten Fällen werden Einwendungen gegen den Zuzug deutscher Familien in französische Ortschaften erhoben. Der zuständige Präfekt prüft selbst die Berechtigung dieser Abneigung, und gegebenenfalls wird dem Deutschen dann ein anderer Arbeitsplatz in einer zugänglicheren Gemeinde angewiesen. Die Behörden haben besondere Sozialfürsorgerinnen zur Betreuung der Deutschen eingesetzt.

\* Der zuständige Abteilungsleiter des Bevölkerungsministeriums versichert ausserdem, dass die französischen Stellen von Anfang an die Absicht gehabt hätten, in der Frage der Anwerbung deutscher Arbeiter mit den zuständigen deutschen Behörden eng zusammenzuarbeiten, daran jedoch durch den formellen Einspruch der Amerikaner gehindert wurden.

✓ für beschleunigte Einwanderung der Familien bei ihm

Nachrichten aus dem Ostzonengebiet. (sp.) Die Frauen in der Ostzone wundern sich auch im fünften Monat des am 1. Januar 1949 angelaufenen Zweijahresplans, dass sie immer noch nichts vom Segen dieser Aufbauarbeit spüren. Ein Zentner Fleisch pro Jahr ist als Abgabepflicht in der Sollveranlagung für jeden Hektar bewirtschafteten Bodens festgelegt. Wo bleibt dieses Fleisch? Die Antwort darauf geben die Bauern des grössten Landkreises der Ostzone, Calbe, die durch eine amtliche Mitteilung angewiesen wurden, ihr Schweinefleischsoll für das erste Vierteljahr in der Kreisstadt abzuliefern. Mehr als 200 Mastschweine wurden an Güterbahnhof in Calbe verladen. Die Landwirte erhielten ihre Ablieferungsbescheinigungen und waren nicht wenig erstaunt, den Empfangsstempel von der Sowjetarmee zu bekommen. Die Bevölkerung aber bekommt Quark und Heringe auf Fleischmarken.

(b/B.39a/235/2/hs)

Neuer Mitglieder-Rekord der Labour Party. (sp.) Die seit Kriegsende ständig gestiegene Mitgliederzahl der Labour Party hat 1948, wie aus dem nunmehr vorliegenden Rechenschaftsbericht hervorgeht, mit insgesamt 5 422 437 Mitgliedern einen neuen Rekord erreicht. Während die Zahl der eingeschriebenen Einzelmitglieder im letzten Jahre um weitere 20 558 auf 629 025 angewachsen ist (375 861 Männer und 253 164 Frauen), hat sich die Zahl der korporativ durch die Gewerkschaften oder die Konsumgenossenschaften der Partei angeschlossenen Mitglieder um weitere 737 778 auf insgesamt 4 751 030 erhöht. Damit nahm die Zahl der korporativen Mitglieder in den letzten beiden Jahren um über zwei Millionen zu. Auch das Vermögen der Labour Party hat mit 145 591 Pfund einen Höchststand erreicht. Das Exekutiv-Komitee der Labour Party will sich jedoch mit diesem Erfolg nicht zufrieden geben und startet deshalb im Monat Juni eine neue Werbekampagne. Für die kommenden allgemeinen Parlamentswahlen sind 219 der bisherigen Labour Abgeordneten als Kandidaten bereits wieder nominiert worden. (b/A.65/235/1/hs)

### Arbeitsgemeinschaft "Sozialistische Publizistik"

---

sp. Am 21. und 22. Mai tagte in Hannover eine Versammlung von sozialdemokratischen Verlegern, Lizenzträgern und Chefredakteuren, an der rund 100 Personen teilnahmen. Das politische Kernstück war ein Referat Dr. Kurt Schumachers über das Thema "Mit der SPD für Deutschland und Europa".

Am Sonnabend wurden eine Reihe von Berufsfragen behandelt. Emil Gross, der Vorsitzende des Nordwestdeutschen Zeitungsverlegerverbandes, referierte über die Situation im deutschen Zeitungswesen, Arno Scholz-Berlin beschäftigte sich mit Vorschlägen einer Fünfer-Kommission zur rationelleren Ausnutzung publizistischer und verlegerischer Möglichkeiten, Willi Grabbert-Hamburg widmete der Nachwuchsfrage für Verlag und Redaktion eine besondere Aufmerksamkeit. Die Pressegesetzgebung in Bund und Ländern war Gegenstand von Ausführungen Hans Wunderlichs und Erich Klambundes.

Es wurde die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft "Sozialistische Publizistik" beschlossen. Danach bilden alle in der Publizistik Tätigen, soweit sie Mitglied der SPD sind oder mit der Zielsetzung der SPD übereinstimmen, eine Arbeitsgemeinschaft "Sozialistische Publizistik". Diese schliessen sich zu Landes- und einer Bundes-Arbeitsgemeinschaft zusammen. Aufgabe dieser Arbeitsgemeinschaften ist die Förderung sozialistischer Bestrebungen im Presse- und Verlagswesen. Ein sechsköpfiger Arbeitsausschuss für die Bundes-Arbeitsgemeinschaft wird gebildet. Er besteht aus je einem Vertreter der französischen Zone und Berlins und aus je zwei Vertretern der amerikanischen Zone und der britischen Zone. Aufgabe des Arbeitsausschusses ist, in kürzester Zeit eine Gründungskonferenz durchzuführen und die Bildung von lokalen und Landes-Arbeitsgemeinschaften anzuregen. (b/B:1/1/235/ha)

### -----

#### Thema NWDR

---

sp. In den letzten Wochen erregten weniger die Sendungen des NWDR als die Gerüchte, Angriffe und Verlautbarungen, die um und von diesem grössten deutschen Sender zu seiner Personalpolitik verbreitet wurden, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Die Übersetzung seines Personalapparates, der mit über 2.000 Betriebsangehörigen die Mitarbeiterzahl jeder anderen deutschen Sendergesellschaft um mehr als das Doppelte übertrifft, die Notwendigkeit zu umfassenden Sparmassnahmen, die durch unvermeidbare Ausgaben auf dem Gebiet der Sendetechnik besonders dringend wurden, rechtfertigen durchaus einen weitgehenden Personalabbau. Es bleibt zu fragen, ob sich für derartige Massnahmen nicht Formen finden liessen, durch die der Eindruck einer allgemeinen Krise des NWDR hätte vermieden werden können. Wir glauben, dass dies möglich gewesen wäre.

Seit nahezu vier Monaten wird das Hamburger Sendehaus kommissarisch durch den Intendanten Herbert Blank geleitet. Die schwerwiegenden Vorwürfe, die gegen ihn wegen seiner politischen Haltung in der Vergangenheit erhoben werden, sind zu bekannt, als dass sie hier einer Wiederholung bedürften. Als sie vor fünf Wochen durch Kurt Hillers Artikel in der "Neuen Zeitung" in eine breitere Öffentlichkeit getragen wurden, hat der Verwaltungsrat des NWDR, aus einem uns unver-

ständlichen Loyalitätsgefühl heraus, geglaubt, sich vor diesen Mann stellen zu müssen. Er hat Blank damit Gelegenheit gegeben zu beweisen, dass er, von seinen politischen Qualitäten abgesehen, auch menschlich nicht über die Fähigkeiten verfügt, einen Mitarbeiterstab verantwortungsbewusst zu leiten. Seine Aufgabe wäre es gewesen, den unvermeidbaren Personalabbau am Hamburger Sender durch Fühlungnahme mit den Betroffenen, den Abteilungsleitern und dem Betriebsrat vorzubereiten, zwischen diesen und der Leitung des NWDR zu vermitteln und den zu treffenden Massnahmen damit das Odium sozialer Unüberlegtheit und mangelnder Planung zu nehmen. Ein Mann, freilich, der Personalpolitik aus dem Gesichtswinkel eines Fremdeingeborenen betrachtet, Abbaupläne mit "Abschusslisten" gleichsetzt, der sich weigert, der wiederholten Einladung einer Betriebsversammlung zu entsprechen, ist hierzu nicht geeignet.

Generaldirektor und Verwaltungsrat des NWDR sollten aus den Erfahrungen der letzten Tage die Konsequenz ziehen, dass es ihre dringendste Aufgabe sein muss, das unhaltbare Provisorium am wichtigsten Sender des NWDR zu beenden. Das Sendehaus Hamburg muss endlich einen Intendanten erhalten, der einen so vielgliederigen Organismus planvoll zu leiten weiss. Für diese Stellung reichen blosse künstlerische oder publizistische Qualitäten nicht aus. Hamburg braucht eine Persönlichkeit, die nach ihrer Vergangenheit und Haltung die Gewähr bietet, dass sie als ehrlicher Demokrat den sozialen Notwendigkeiten unserer Zeit aufgeschlossen gegenüber steht. Der neue Intendant muss diese, seine Eignung nicht nur in der Gestaltung der Programme, sondern ebenso in der verantwortungsbewussten Leitung seiner Mitarbeiter und in der zweckgerechten Führung der Verwaltungsgeschäfte beweisen. Bisher scheint uns ein solcher Bewerber in Hamburg nicht genannt worden zu sein.

(b/w/235/1/hs)

#### Schlechter Gesundheitszustand der Polen-Heimkehrer

sp. Die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen aus Polen hat ein sehr schleppendes Tempo angenommen. Noch immer befinden sich mindestens 30.000 Kriegsgefangene in Polen. Die bisher entlassenen Kriegsgefangenen hinterliessen einen besseren Gesamteindruck als die Heimkehrer aus der Sowjetunion. Dieses Bild hat sich seit Februar und März gewandelt. Die ärztliche Untersuchung von 660 Heimkehrern, die während dieser beiden Monate durch das Heimkehrerlager Hersfeld geschleust wurden, hat nach Feststellungen der Kriegsgefangenenhilfe der SPD ergeben, dass die Arbeitsunfähigkeit der Heimkehrer von 64 auf 74,7 Prozent gestiegen ist. Vor allem nahmen Herz- und Kreislaufstörungen und rheumatische Erkrankungen rapide zu. Auch die Tuberkulosekurve bewegte sich in aufsteigender Linie. Es ist mit einer Arbeitseinschränkung von 1-2 Jahren zu rechnen, ehe die Schäden dieser jahrelangen systematischen Ausbeutung und Unterernährung beseitigt sind und die volle Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt sein dürfte.

Das neue Bild bestätigt den Eindruck, dass die ersten Heimkehrertransporte als Propagandatransporte nur mit ausgewählten gesunden Männern zusammengestellt wurden, während das Gros der Masse dem jetzigen gesundheitlichen Zustand entspricht.

Im verstärkten Masse wird in den letzten Monaten in der politischen Schulung die Bedeutung der Oder/Neisse-Grenze für Polen in den

Vordergrund gerückt. Man versucht, die Kriegsgefangenen von der völkerrechtlichen und moralischen Berechtigung der Grenzziehung zugunsten Polens zu überzeugen. Manche Instruktionsredner gehen dabei soweit, dass sie das gesamte Gebiet östlich der Elbe als traditionellen polnischen Besitz erklären.

\*

Die in ihrer alten Heimat verbliebenen Deutschen jenseits von Oder und Neisse gliedern sich nach Mitteilungen geflüchteter Zivilinternierter in drei Gruppen.

Die erste Gruppe, welche noch verhältnismässig am besten lebt, sind die Bauern mit einem Anwesen am Stadtrand im Industriebereich. Sie dürfen nur die für die Versorgung der Städte benötigten Gemüse und Kartoffeln anbauen. Die Höfe unterstehen einem polnischen "Vorwand", sie gehören dem polnischen Staat.

Die zweite Gruppe bilden Fabrikarbeiter. Sie mussten ihre Wohnungen an polnische Staatsangehörige abtreten und wurden in Wohnlagern untergebracht. Ihr Verdienst beträgt 1.000 - 1.200 Zloty im Monat, das sind 50 Prozent des Verdienstes, den der polnische Arbeiter für die gleiche Arbeit erhält. Da sie keinerlei Vergünstigungen, die den Polen gewährt werden, erhalten, ist ihre materielle Lage doppelt schlecht. Mit einem Pass versehen können sie sich im Umkreis von 50 km frei bewegen.

Am schlechtesten sind jene Deutsche gestellt - und dies ist die grösste Gruppe - deren Einzelexistenzen vollkommen vernichtet wurden. Sie sind in grossen Massenlagern untergebracht. Man beschäftigt sie mit Gelegenheitsarbeiten, für welche Kleidung und Verpflegung geliefert wird. Lohn erhalten sie nicht.

(b/B.1/235/1/hs)

#### Zilliakus ausgeschlossen

H.F. Nicht ohne reifliche Überlegungen hat sich der Vorstand der Labour Party dazu entschlossen, Konni Zilliakus und L.J. Solley aus der Partei auszuschliessen. Zwar sind beide Abgeordnete des englischen Unterhauses, der weit bekanntere ist jedoch Zilliakus.

Zilliakus ist seit 1919 in der sozialistischen Bewegung. Nach dem ersten Weltkrieg konnte er im Sekretariat des Völkerbundes und somit in nächster Nähe den traurigen Ablauf der Geschehnisse beobachten, die zur Auflösung dieser Institution und zum zweiten Weltkrieg führte. Die Unfähigkeit der Demokratien und der Arbeiterbewegung auf dem Kontinent, diese Entwicklung aufzuhalten, veranlassten ihn dazu, eine Reihe von Büchern und Kampfschriften zu verfassen, die viel wertvolles geschichtliches Tatsachenmaterial enthalten und die sozialdemokratischen Parteien einer scharfen Kritik unterziehen. Er war stark beeindruckt von Litwinow und schon damals konnte man beobachten, dass er im Gegensatz dazu die Rolle der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien sehr wohlwollend beurteilte. Bei den Wahlen 1945 zog Zilliakus als Labourabgeordneter ins Parlament. Bald nach dem Regierungsantritt der Labour Party wurde es augenscheinlich, dass Zilliakus in wesentlichen Fragen anderer Meinung war als Regierung und Partei. Mit grosser Energie begann er, oft allein, meistens aber im Bunde mit den Kommunisten und einigen Labourabgeordneten, seine



abweichenden Meinungen in Wort und Schrift kund zu tun.

Sein Feuer richtete sich besonders auf die Bevinsche Außenpolitik. Jede Phase dieser Politik geisselte er in einer Sprache, die sich oft nur wenig von der der Kominform unterschied. Immer mehr wurde er ein Fürsprecher sowjetischer Politik. Er bereiste die Volksdemokratien und wurde ein glühender Verfechter dieser Gebilde. Natürlich pries er die Zwangsaufösungen der östlichen sozialdemokratischen Parteien im Namen der "Einheit der Werktätigen". Selbstverständlich gehörte er zu denen, die die fusionsbereiten Nennleute unterstützten und die Saragat-Sozialisten verdamnten.

Er gehörte zu denen, die den sedistischen Volkerrat begrüßten und die SPD bei jeder Gelegenheit diffamierten. Es war daher auch nicht verwunderlich, dass er freiwillig als Zeuge im Krwtschenkoprozess auftrat, um Russland von dem Vorwurf der Sklavenhaltung reinzuwaschen. Diese politische Einstellung hielt Zilliakus für durchaus vereinbar mit seiner Mitgliedschaft in der Labour Party.

Er selbst nennt als Grund für seinen Ausschluss seine Teilnahme am sogenannten Pariser Friedenskongress. Das ist natürlich Unsinn. Wenn dem so wäre, hätte man nicht aus den wichtigsten Persönlichkeiten der Partei einen feststehenden Unterausschuss von Labour bemühen müssen. Die Frage, die dieses Gremium zu entscheiden hatte, war nicht, ob ein Mitglied einmal eine politische Dummheit begangen hat, sondern die grundsätzliche Frage, wo die Grenzen der Toleranz innerhalb der Partei gezogen werden müssen. Zilliakus hat sich nicht darauf beschränkt, im Rahmen der Partei für seine eigenen Gedanken zu werben, sondern fast noch öfter die kommunistische Plattform und Presse benutzt, um dort die Partei anzugreifen, deren Mitglied er war. Dies ist in jedem Falle ein Verstoß, der allein schon seinen Ausschluss rechtfertigen würde. Viel entscheidender ist aber die Notwendigkeit für jede Partei, die schlagkräftig sein und verantwortungsbewusst handeln will, in ihren Reihen keine Leute zu dulden, die politisch woanders stehen. Niemand wird daran zweifeln, dass Zilliakus es ehrlich meint, wenn er heute noch erklärt, nur die Labour Party sei die Partei der englischen Arbeiterschaft. Viele fellow-travellers in anderen sozialdemokratischen Parteien werden sicher gern dasselbe in ihren Ländern behaupten - einfach, weil sie längst erkannt haben, dass sie als Parteikommunisten in Westeuropa keine Resonanz hätten. Es ist einfach so, dass bei aller Duldsamkeit in weltanschaulichen und taktischen Fragen es sich keine sozialdemokratische Partei heute mehr leisten kann, jene noch länger als Mitglieder zu behalten, die sich gegen den freiheitlichen, demokratischen Sozialismus entschieden haben.